

Information zum Datenschutz gem. Art. 13 DS-GVO

1. Bezeichnung des Verarbeitungsvorgangs

Eingliederungshilfe gem. §35a SGBVIII für minderjährige und junge Volljährige

2. Kontaktdaten des Verantwortlichen

Kreisverwaltung Neuwied

Uwe Kukla

Wilhelm-Leuschner-Straße 9

56564 Neuwied

Tel.: +49 (0) 2631-803 0

Telefax: +49 (0) 2631-803 93 222

E-Mail: Jugendamt@kreis-neuwied.de

Website: <https://www.kreis-neuwied.de>

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Kreisverwaltung Neuwied

Datenschutzbeauftragter

Augustastrasse 7-8

56564 Neuwied

Telefon: +49 (0) 2631-803 0

E-Mail: datenschutz@kreis-neuwied.de

4. Zwecke der Datenverarbeitung

- Erhebung von Daten die über die Entscheidung über Anträge der Eingliederungshilfe gem. §35a SGBVIII erforderlich sind
- Bedarfsermittlung bzgl. der Notwendigkeit der Initiierung einer Eingliederungshilfe gem. §35a SGBVIII
- Beratung über die Art und Umfang der Hilfe
- Entscheidung über die Ausgestaltung im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte
- Aufstellung eines Hilfeplans
- Regelmäßige Prüfung der Hilfeeignung / Hilfenotwendigkeit
- Beteiligung anderer Dienste und Einrichtungen an der Aufstellung des Hilfeplans

5. Rechtsgrundlage(n) der Datenverarbeitung

Art. 6 lit c DS-GVO, Art. 6 lit e DS-GVO;

§ 35a SGB VIII, §41 SGB VIII, i.V.m § 36 und 37 SGB VIII

i.V.m. § 35 SGB I, §§ 67 ff SGB X, §§ 61 ff SGB VIII

6. Betroffene Person(en)

- Kind/Jugendlicher
- Personensorgeberechtigte(r)
- Vormund/Ergänzungspfleger

7. Kategorien der personenbezogenen Daten

Personenstammdaten (wie z. B. Familienname, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Anschrift), Familienverhältnisse, biographische Daten, Sorgerecht, Art und Dauer des Bezuges von Sozialleistungen (ALG I, ALG II, Krankengeld, Rente), Bankverbindungen, Einkommensverhältnisse, Krankenversicherung, Konfession, fachärztliche Stellungnahmen

8. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Allgemeiner Sozialer Dienst, Wirtschaftliche Jugendhilfe

ggf. Referat Beistandschaften/Vormundschaften, Träger der Jugendhilfe (ambulant, teilstationär, stationär, gesetzliche Betreuung)

9. Übermittlung an ein Drittland

keine

10. Dauer der Speicherung

10 Jahre nach Beendigung der Hilfe

11. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der

öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historischen und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt;
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

12. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (55116 Mainz, Hintere Bleiche 34, Tel.: 06131/2082449, Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Stand der Information: 31.07.2019